

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Der Betragepächter und in allen Klößen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (incl. Post) 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. B. D. Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Wälderstraße 2 / Fernsprecher: 17 239 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 690. Dresdner Verlagsgesellschaft  
Schriftleitung: Dresden-2, Wälderstraße 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 239 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16 - 18 Uhr, Sonnabends 13 - 14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklameweite anschließend an den dreifünfteligen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Wälderstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Vierung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4 Jahrgang Dresden, Donnerstag den 20. Dezember 1928 Nummer 296

## Neue Ehrhardt-Brigade gebildet!

### Im Auftrag des Reichswehrministeriums!

Aufrüstungsbasis der Schwarzen Reichswehr / Vertrag mit Hitler

Berlin, den 19. Dezember 1928.

Die neue Nummer der Weltbühne veröffentlicht aufsehenerregende Mitteilungen über die Existenz, Ausrüstung und Ausbildung von Mannschaften der neuen Schwarzen Reichswehr, die unter dem Befehl des früheren Kriegsministers und Reichswehrgenerals Reinhardt, sowie der Reichswehrkommandostellen und des Gemeinorganisationsführers Ehrhardt steht.

Reinhardt, der unter der sozialdemokratischen Koalitionsregierung in Preußen Minister war, ging später zur Reichswehr über, wo er plötzlich seinen Dienst quittierte. Heute kennt man die Ursache seines damaligen rätselhaften Verschwindens aus dem öffentlichen militärischen Leben. Die Führung des Reichswehrministeriums war an den General herangetreten und offerierte ihm die Bildung einer Geheimarmee in engstem Kontakt mit dem Reichswehrministerium. Reinhardt erklärte sich bereit und legte sich wegen Beschaffung des notwendigen Rüstungsgeräts mit der berühmtesten Seetransportabteilung des Reichsmarineministeriums in Verbindung. Der damals dort noch herrschende Korvettenkapitän Canaris verhandelte sofort mit den Wasserwerken in München, und wenige Wochen später war Herr Dr. Canaris, Vizepräsident des allgem. wirtsch. Kapitäns, Herr der riesigen Eisenfabrik, die damit zur Aufrüstungsbasis für das illegale Heer wurde.

Für die Ausrüstung war alles gesorgt. Jetzt kam es auf die Sammlung der Mannschaften an. Reinhardt wandte sich an seinen alten Kameraden, Kapitän Ehrhardt. Der trat eigens zu diesem Zweck in den Stahlhelm ein, weil Selbste und Dillenberg aus Konkurrenzgründen — sie wollten selbst die Führung des Unternehmens haben — nicht mitmachen. Deswegen bestanden sie Ehrhardt auch bald wieder aus dem Stahlhelm hinaus. Aber er ließ keine Agenten zurück, die ehemaligen Unterführer der Gemeinorganisation Consul, Liedig, Friedmann und Schilling, deren Bureau sich in Berlin, Bülowstraße 50, befindet. In der Provinz sind die Götting, Plak, v. Pichte und viele andere die Agenten Ehrhardts und Reinhardts. Sie haben es zumeist gebracht, daß viele Ortsgruppen des Stahlhelms zu der zentralen Geheimorganisation kamen.

Leichteres Spiel hatten die Kommandeure der Schwarzen Reichswehr bei den übrigen schicksalhaften Verbänden. Zwischen dem Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, und dem General Reinhardt ist sogar ein direkter Vertrag geschlossen worden, wonach die Ortsgruppen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei den örtlichen Verbindungsstellen der Reichswehr zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet werden.

Seit dieser Zeit batieren die umfangreichen militärischen Geheimübungen, die in allen Teilen Deutschlands von Angehörigen der nationalsozialistischen Bünde unter Leitung von Reichswehroffizieren vorgenommen werden. Die Art der Übungen schließt jeden Zweifel daran aus, daß es sich hier fast ausschließlich um Vorbereitung zum Bürgerkrieg gegen die Arbeiterschaft handelt. Die Hauptfächer bei den Besprechungen und den anschließenden Übungen sind: Brückenprengung, militärische Besetzung und Betriebsführung von Telefonzentralen, Stilllegung elektrischer Kraftwerke usw.

Sowohl die Tatfachen. Sie sind dokumentarisch niedergelegt bei den Akten der Staatsanwaltschaft 1 in Berlin-Moabit, wo seit langem ein Verfahren wegen Geheimbündel und Vorbereitung zum Hochverrat gegen Ehrhardt und Genossen geführt wird, ohne jemals zur Erledigung zu kommen, weil höchste Funktionäre der Klassenjustiz des Reichswehrministeriums es immer wieder zu verschleppen verstehen.

Der deutschen Arbeiterschaft ist Reinhardt kein Unbekannter mehr. War er es doch, der am 11. März 1919 den Befehl zu der unmenhlichen Schächterei gab, bei der in der Französischen Straße 29 vollkommen waffenlose Matrosen, die zum Empfang ihrer Wöhlerung ins Bureau der Volksmarinemedizin gekommen waren, aufs grausamste zusammengeschossen wurden. Zur Belohnung wurde Reinhardt Minister der preussischen sozialdemokratischen Regierung. Er sorgte durch gewalttätige Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte in Mitteldeutschland dafür, daß die Ebert, Scheidemann, Noske, Wels ungeliebt vom Proletariat durch ihre Nationalverräterei die bürgerlich-kapitalistische Herrschaft in Deutschland stabilisieren konnten.

Jetzt organisiert dieser alte Reinhardt im Dienst der imperialistischen Panzerkreuzer-Regierung mit ihren vier SPD-Ministern das Bürgerkriegsgeheer, das im Falle des Krieges gegen die Sowjetunion vor allem der Niederhaltung des Proletariats im Innern dienen soll. Sein engerster Mitarbeiter ist der Märker Ehrhardt. Und das charakterisiert die Situation.

die sozialdemokratische Führerschaft ist bereits so sehr der Zusammenarbeit mit dem Kapital verfallen, daß sie jetzt schon zu den schlimmsten Blutschänden der extremen Reaktion greift, um sich vor dem Ansturm des revolutionären Proletariats zu behaupten.

Darum hat Severing KPD-Ortsgruppen verboten. Darum verhängt Jürgel bei den kleinen Befehlungsstellen über Berlin. Darum droht er, den gesamten KPD „anzuliegen“ zu lassen. Darum benutzen Groener und seine SPD-Kollegen

## Kommunistischer Antrag auf Landtagsauflösung

Eine Antwort an den Dresdner Anzeiger

Die Entlarvung des sächsischen Bürgerblocks anlässlich der Reichsgerichtsentscheidung hat die Bourgeois in Harnisch gebracht. Unsere Stellungnahme wird vom Anzeiger ausführlich zitiert und besonders die Feststellung von der Notwendigkeit der Verschärfung des Klassenkampfes gesperrt abgedruckt. Der Satz „Denn nur die Führung und Verschärfung der Wirtschaftskämpfe wird die sächsische Regierung und die Landtagsmehrheit aus ihrer „verfassungsmäßigen“ Ruhe und Sicherheit vertreiben“, wird dabei im Zusammenhang mit den Feststellungen über die politische Skrupellosigkeit des sächsischen Bürgerblocks richtig verstanden, daß nämlich die politischen Vorzüge der Arbeiterschaft gegen den parlamentarischen Kleinbürgertum sein werden, wenn sie ökonomische, die Klassengegensätze in ihrer Wurzel zeigende, Kämpfe als Aufmarschplätze erhalten.

Zum Schluss sei jedoch der Anzeiger ein recht böses Sähen, daß nicht gerade von außerordentlich abgewogener Taktik zeugt. Er schreibt: „Belustigend ist diese Stellungnahme höchstens insofern, als die Kommunisten angesichts der heillosen Verwirrung in ihrem Lager alles andere als Lust zu Neuwahlen haben.“

Kommische Leute im Dresdner Anzeiger... Wenn dem so wäre, müßte ja gerade die Bourgeoisie, deren Organ der Anzeiger ist, ein Interesse daran haben, sofort Neuwahlen durchzuführen, den Kommunisten eine „verachtende Niederlage“ zu bereiten und dann mit den Sozialdemokraten, die ja in diesem Fall nicht mehr „dem kommunistischen Druck unterworfen“ wären, hübsch in schöner parlamentarischer Anständigkeit verhandeln. Es wäre das eigentlich die logische Schlussfolgerung aus dieser Behauptung. Aber —

die Herrschenden denken nicht daran. Ihre „wichtige“ Bemerkung ist eine Spiegelbilderei zur Täuschung der Beamtenleser, die bekanntlich nach den letzten Vorgängen im Reichstag auch nicht „ganz so leicht“ wie früher über die Kommunisten denken. Und da bekanntlich einem alten Berufsbeamten nichts so sehr abdreht, wie „Unordnung“ und „Verwirrung“, wird eben die „Verwirrung“ bei den Kommunisten präsentiert.

die Reinhardt und Ehrhardt zur Konstituierung einer neuen Schwarzen Reichswehr.

Mit einem Neg von offenen und geheimen militärischen Gegenkräften ist die klassenbewußte Arbeiterschaft umgeben. Nur kraft ihrer eigenen Wehrhaftigkeit vermag sie den Ring von Feinden zu durchhauen. Wir sind überzeugt, daß die sozialdemokratischen Arbeiter das niederträchtige Spiel ihrer eigenen Führer erkennen lernen, die schon bis zu Bundesgenossen und Auftraggebern des Gemeinverderbers Ehrhardt heruntergefallen sind. Wenn es erst einmal gelungen ist, die SPD-Führer von ihrer Gefolgschaft zu isolieren und damit politisch zu vernichten, dann wird die Abrechnung mit der kapitalistisch-militärischen Reaktion für das Proletariat um so leichter sein. Und diese Abrechnung drängt, wenn die deutsche Arbeiterklasse nicht vollends unter den Militärknecht geraten will.

Dabei sprechen die Gemeinbewahlergebnisse an der Wasserfront und besonders in Thüringen eine deutliche Sprache.

Gewiß, hemmen die Differenzen in der Partei oft die Schlagkraft unserer Bewegung, gewiß, sind die parteiinternen und schmutzigen, den Sozialdemokraten abgesehenen Kampfmethoden der Rechtsgruppe dazu angetan, den schon in die Verteidigungsstellung zurückgedrängten Reformismus als Tarnung zu dienen, aber das Vertrauen der breiten Schichten zur kommunistischen Partei und den Grundfragen ihrer Politik ist gewachsen.

und im weiteren Wachen begriffen. Die Opposition einer Anzahl „Arbeiter in gehobener Lebensstellung“, die eine Angleichung an reformistische Methoden und Gedankengänge fordern, wird nicht imstande sein, die Partei jemals so zu erschüttern, daß sie sogar vor Parlamentswahlen zurückweichen könnte. Und dies nach dem Thüringer Beispiel ausgerechnet noch auf Sachsen angewendet, ist geradezu kindisch. Aber, wenn die Herrschenden die Nichtigkeit ihres Satzes erproben wollen, nun, die Kommunisten geben ihnen die Gelegenheit. Ohne Illusionen über die Möglichkeit der Beilegung der reaktionären „Schicksaligkeit“ dieser Landtagsmehrheit zu hegen, hat heute die kommunistische Landtagsfraktion folgenden

Auflösungsantrag bei der Kammer des Landtages eingereicht:

„Das Reichsgericht hat die Entscheidung gefällt, daß die Bestimmungen des Wahlgesetzes, nach denen der Landtag gewählt wurde, nicht mit dem Reichsgesetz im Einklang stehen.“

Die Wahl des Landtages ist auf ungesetzlicher Basis erfolgt, sie ist nicht mit den Bestimmungen des Wahlgesetzes als rechtmäßig zu erklären. Der Landtag muß aus dieser Entscheidung des Reichsgerichts die Konsequenzen ziehen.

Wir beantragen deswegen: Der Landtag möge beschließen: Der Landtag löst sich auf.“

Dresden, den 20. Dezember 1928  
Renner

und die übrigen Mitglieder der kommunistischen Fraktion.

## Neue Kämpfe in Afghanistan

London, 20. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Nach Meldungen aus Indien sollen die Aufständischen zwei die Stadt Kabul beherrschende Forts mit großen Mengen Waffen und Munition genommen haben und Verstärkungen erwarten. Ein englisches Flugzeug, „das mit der britischen Gesandtschaft in Verbindung treten sollte“, wurde durch einen Schuß in den Flügel zum Niedersturz gezwungen. Nach später eingegangenen Meldungen soll das Flugzeug Kabul überflogen und die Nachricht überbracht haben, daß in Kabul alles wohl aus sei. Aus Teheran wird gemeldet, daß der Kampf zwischen den Regierungstruppen und den Aufständischen gegenwärtig abebbt. Auf beiden Seiten kommt man offenbar Kräfte, um die entscheidende Schlacht herbeizuführen.

Chamberlain erklärte gestern im Unterhaus, daß ein englisches Geschwader nach Kabul gesendet sei, die „Verständigung mit der englischen Volksherrschaft“ sei gelungen. Der Flugzeugschlag scheint sich noch in den Händen der Regierungstruppen zu befinden. Die indische Regierung hat „Räume für den Abtransport der englischen Flugzeuge“ ausgearbeitet.

Die neuesten über Indien eingegangenen Meldungen bezeichnen die Lage in Afghanistan als äußerst kritisch. Die Nachricht, daß die Panspracheverbindung zwischen Indien und Kabul, der afghanischen Hauptstadt, unterbrochen sei, war also falsch. Dagegen sind genaue Mitteilungen über

den Stand der Kämpfe noch immer nicht zu erhalten; die einzelnen Meldungen widersprechen einander. Im Laufe der letzten Tage haben zwischen den Streitkräften Amanullahs und den Aufständischen heftige Kämpfe stattgefunden, die auf beiden Seiten zu schweren Verlusten führten. Am Sonntag wurde Kabul, nach Mitteilung der Londoner afghanischen Gesandtschaft, von 400 Aufständischen angegriffen, die aber mit schweren Verlusten von den Regierungstruppen zurückgeworfen wurden. Ihre Führer wurden getötet oder gefangen genommen. Die Lage in Kabul ist jetzt absolut ruhig.

Nach einer Tag-Meldung aus Termes, unweit der afghanischen Grenze, ist der einflußreiche Stammesführer Baischa Saka, der bisher zum Regierungslager hielt, zu den Aufständischen übergetreten. Die Rebellen fordern die Abdankung Amanullahs. Es scheint sicher zu sein, daß ein bedeutender Teil der Armee unter dem Einfluß der religiös-reaktionären Agitation auf die Seite der aufständischen Stammesführer übergetreten ist. Die Garnison von Dschalalabad hat sich bei dem Herannahen der Aufständischen in der vergangenen Woche sofort zurückgezogen und den Königspalast und den neuen Flugplatz kampflös übergeben. Palast und Flughafenanlagen wurden dann von den Aufständischen restlos zerstört. Als Ursache für die Schwankungen in der Armee wird angegeben, daß Aman-